Hohe Belastung, wenig Spielraum

Grünen-Ortsbesuch: Alleinerziehende in Osnabrück fordern von der Politik mehr Hilfe bei Geld, Zeit und Infrastruktur

Alleinerziehende kämpfen seit Jahrzehnten mit denselben Problemen auch in Osnabrück: Es fehlt an Geld, Zeit und Infrastruktur. Foto: Marcel Kusch/dpa

Karsten Frei

OSNABRÜCK „Man erholt sich bei der Arbeit als Alleinerziehende." Nadine Neumeister sagt den Satz mit einer Mischung aus Müdigkeit und Ironie. Sie ist Vorstandsmitglied beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) in Osnabrück, arbeitet in Teilzeit in einem Handwerksbetrieb und zieht ihr Kind alleine groß.

Wie lässt sich Arbeit mit Betreuung, Haushalt und finanziellen Sorgen vereinbaren? Und was kann die Politik daran ändern? Das hörte sich eine Delegation der Grünen bei einem Treffen in den Vereinsräumen an der Arndtstraße an. Mit dabei: die Bundesvorsitzende Franziska Brantner, selbst alleinerziehende Mutter, der Osnabrücker Oberbürgermeisterkandidat Volker Bajus und die Ratsfrau Anke Jacobsen.

Beratung für Familien, viele ungelöste Probleme

Die Arbeit des Vereins stellt Alice Meyer, Diplom-Sozialpädagogin und seit Jahrzehnten beim VAMV tätig, vor. Aktuell betreut der VAMV rund 63 offene Fälle. Pro Jahr kommen zwischen 390 und 500 Beratungskontakte hinzu. Die grundlegenden Probleme hätten sich dabei kaum verändert. „Die elementaren drei Probleme sind seit 1982 exakt dieselben geblieben: Geld, Zeit und eine funktionierende Infrastruktur", sagt Meyer.

Ein Thema ist die sogenannte Erwerbsarmut. Wer arbeitet, aber nur knapp über den Einkommensgrenzen für Wohngeld oder den Osnabrück-Pass liegt, kann bei verschiedenen Vergünstigungen leer ausgehen. Nach Angaben des VAMV kann das dazu führen, dass Familien trotz Arbeit finanziell kaum besser dastehen als Menschen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen.

Unterhaltsvorschuss als Streitpunkt

Auf Bundesebene richtet sich die Kritik vor allem gegen die geplante Änderung beim Unterhaltsvorschuss. Die staatliche Ersatzleistung soll nach den Reformplänen künftig bereits ab dem 16. Geburtstag entfallen statt wie bisher ab 18.

Franziska Brantner kritisiert das. „Ein 16-Jähriger kostet nicht weniger als ein Zwölfjähriger – eher im Gegenteil", sagt sie. In den meisten Fällen leben die Kinder bei ihren Müttern, die damit die finanzielle Last tragen, wenn der andere Elternteil nicht zahlt.

Brantner fordert deshalb eine bessere Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen. Nach ihren Angaben wird bundesweit weniger als ein Fünftel der ausgezahlten Vorschüsse zurückgeholt. Sie spricht sich unter anderem für eine zentrale Organisation des Einzugs auf Landesebene und einen besseren Datenaustausch mit den Finanzämtern aus.

Bei der Stadt liegen andere Aufgaben. Volker Bajus warnt davor, Kosten zwischen den politischen Ebenen zu verschieben. Wenn Leistungen wegfallen, könne die finanzielle Belastung am Ende bei den Kommunen und den Familien landen. „Das ist reine Kassenarithmetik – linke Tasche, rechte Tasche –, die am Ende die Frauen belastet", sagt Bajus.

Kommunal geht es vor allem um bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung und Beratungsangebote. Auch die Vernetzung der Hilfen spielt eine Rolle. Anke Jacobsen, Vorsitzende des Sozialausschusses, kündigt an, die Situation von Ein-Eltern-Familien in der neuen Ratsperiode stärker zum Thema zu machen.

Engagieren sich für Alleinerziehende: Nadine Neumeister (ganz rechts) und Alice Meyer (3. von rechts). Foto: Karsten Frei

An der Arndtstraße 29 in Osnabrück sitzt der Verband alleinerziehender Mütter und Väter. Foto: Michael Gründel